

Klimaschutz strategisch fördern

Diskussionsanstöße für mögliche Schwerpunkte einer gezielten
Stiftungsförderung zivilgesellschaftlicher Akteure in Deutschland für mehr
Klimaschutz

Diskussionspapier
des Ecologic Institut und des Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt, Energie

im Auftrag
der Stiftung Mercator und der European Climate Foundation

1 Hintergrund und Zweck dieses Papiers

Die notwendige Transformation hin zu einer klimagerechten Wirtschafts- und Lebensweise ist eine immense gesamtgesellschaftliche Herausforderung. Um sie zu meistern, sind große technologische und politische Innovationen nötig. Gleichzeitig ist aber klar, dass technische Entwicklungen oder veränderte Rahmengesetzgebung allein nicht ausreichen werden, um diese Transformation umzusetzen. Vielmehr werden auch Lebensstile und Wirtschaftsordnung grundlegende Änderungen erfahren (müssen).¹ Hinzu kommt die Notwendigkeit, den Systemwandel zu organisieren und die institutionellen Rahmenbedingungen so anzupassen, dass die verschiedenen Entscheidungs- und Umsetzungsebenen im Konzert miteinander agieren können. In diesem Konzert haben Nicht-Regierungs-Akteure einen wichtigen Part zu spielen.

Doch welche Rolle soll die Zivilgesellschaft bei der Transformation hin zu einer klimagerechten Gesellschaft im Einzelnen spielen? Wie können zivilgesellschaftliche Institutionen (Vereine, Verbände, Bürgerinitiativen) diesen Transformationsprozess befördern? Und wo wiederum benötigen sie Unterstützung, um einen möglichst effektiven Beitrag zum Klimaschutz leisten zu können?

Vor diesem Hintergrund haben die Stiftung Mercator und die European Climate Foundation das Wuppertal Institut und Ecologic damit beauftragt,

1. eine **Bestandsaufnahme** durchzuführen, die untersucht, welche zivilgesellschaftlichen Organisationen in Deutschland im Bereich Klimaschutz aktiv sind und welche Schwerpunkte sie bei Ihrer Arbeit setzen, und
2. eine **Bedarfsanalyse** zu erstellen, die mögliche Handlungsfelder für zukünftige Klimaschutzaktivitäten zivilgesellschaftlicher Akteure identifiziert.

Ziel ist es, die beiden Stiftungen und andere Förderer dabei zu unterstützen, die Effektivität ihrer Förderaktivitäten im Bereich Klimaschutz weiter zu steigern.² Die Studie wird im Zeitraum April bis Dezember 2012 durchgeführt.

Zum jetzigen Stand gibt es noch keine wissenschaftlich belastbaren Ergebnisse dieser Studie. Aus unseren ersten Untersuchungen haben wir jedoch Arbeitshypothesen entwickelt, die wir mit Experten und der Fachöffentlichkeit diskutieren wollen. In diesem Sinne sehen wir dieses Papier als Einstieg in eine Debatte. Einige der in diesem Papier formulierten Thesen sind bewusst streitbar formuliert in der Hoffnung, damit eine spannende, produktive Diskussion anzustoßen. Wir freuen uns auf Ihr Feedback und Kommentare.

2 Rahmenbedingungen und Akteurslandschaft

2.1 Politischer Kontext: die Lücken in der deutschen Klimapolitik

Klimaschutz als gesellschaftliche Herausforderung hat eine erhebliche Diffusion in die Breite erfahren und besitzt heute Akzeptanz in weiten Teilen der Bevölkerung. Deutschland sieht

¹ "Welt im Wandel – Gesellschaftsvertrag für eine große Transformation", Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU), Berlin 2011

² Siehe auch Artikel in "Strategische Philantropie zum Klimaschutz - Ansätze am Beispiel der Stiftung Mercator und der European Climate Foundation", Lorentz und (Hrsg.), Berlin 2012 – in der Reihe Rote Seiten, Stiftung & Sponsoring

sich selbst als Vorreiter im Klimaschutz. Die „Energiewende“ hat international viel Beachtung gefunden; Deutschland wird hier eine Pionierfunktion zugeschrieben.

Diese Wahrnehmung geht einher mit der Realität erheblicher Emissionsreduktionen seit 1990 und einem Anteil Erneuerbarer Energien am Strommix von bereits mehr als 20%. Die wirtschaftlichen Effekte der Klimaschutzpolitik sind auch für private Haushalte spürbar geworden. Erneuerbare Energien stellen eine Einkommensquelle dar; es gibt neue Industriezweige in Deutschland und zusätzliche Jobs. Deutschland hat dabei auch Innovationen im politischen Instrumentarium vorangetrieben, etwa durch das Erneuerbare Energien Gesetz (EEG). Aufgrund dieser „Erfolgsgeschichte Klimaschutz“ gibt es zum jetzigen Zeitpunkt keinen akuten Leidensdruck in der Gesellschaft dahingehend, dass Deutschland mehr Klimaschutz betreiben müsste.

Tatsächlich gibt es jedoch erheblichen Handlungsbedarf, um auch die kurz- und mittelfristigen Ziele realisieren zu können. Die deutschen Klimaziele für 2020 etwa bedürfen noch zusätzlicher Anstrengungen,³ und längerfristig sind stärkere Aktivitäten auch in Bereichen notwendig, die bislang deutlich zu wenig zu den Minderungen beitragen wie Verkehr und Gebäude. Aber auch die Energiewende⁴ ist kein Selbstläufer; so stößt die Netzinfrastruktur unter bestimmten Umständen bereits jetzt an ihre Grenzen.

Die deutsche Klimapolitik steht vor einer Reihe von Herausforderungen:

- **Dynamik.** Der langfristige Systemwandel kann nicht zentral gemanagt werden. Er benötigt jedoch gleichwohl eine Handlungs- und Koordinierungsstruktur von oben und klare gesetzliche (und damit wirtschaftliche) Rahmenbedingungen.
- **Governance.** Es ist noch nicht klar, wie der Umbau am sinnvollsten institutionell begleitet werden kann, welche Institutionen neu geschaffen oder zusammengeführt oder aber mit einem aktualisierten Mandat ausgestattet werden müssen.
- **Integration.** Nicht nur verschiedene Ressorts und Institutionen auf Bundesebene müssen ggf. neu ausgerichtet und miteinander verknüpft werden, auch die unterschiedlichen Handlungs- und Entscheidungsebenen im föderalen System Deutschlands bedürfen der Integration. Es mangelt an der Entwicklung integrierter Lösungen (etwa Stromproduktion und -verbrauch und Netzaus- oder umbau).
- **Komplexität.** Es bestehen Pfadunsicherheiten in wichtigen Bereichen (etwa wie der Verkehr der Zukunft aussehen wird bzw. welche Technologie sich durchsetzt). Einfache Lösungen werden dadurch erschwert, dass Handlungsempfehlungen nicht auf den jeweiligen Sektor beschränkt sein können sondern integriert gedacht werden müssen (etwa: Elektrofahrzeuge und Demand Side Management – Auswirkungen auf die Stromproduktion und -netze).
- **Internationalisierung.** Die politischen Entscheidungen auf EU- und UN-Ebene sind enorm wichtig für das Erreichen deutscher Ziele und die (empfundene) langfristige Wirtschaftlichkeit einer Pionierrolle. Hier gibt es derzeit indes vor allem negative Signale (z.B. EU-Ziel für 2020, geringe Teilnahme an der zweiten Verpflichtungsperiode des Kyoto Protokolls), das heißt, es beginnt sich eine Wahrnehmung zu verbreiten, dass eine zu ambitionierte Pionierrolle ökonomisch auch mittelfristig mehr schadet als nützt.

³ "Milde Witterung lässt CO2 Emissionen in Deutschland 2011 sinken", Hans-Joachim Ziesing, in Energiewirtschaftliche Tagesfragen, Nr. 62, Heft 4, Jahrgang 2012

⁴ Deutsche Klimapolitik und die Energiewende sind nicht als Synonyme zu betrachten, sondern als parallele Prozesse, die ihrer eigenen Logik folgen. Überschneidungen sind inbegriffen, und diese sind größtenteils synergetisch und positiv, jedoch gibt es auch Potential für Zielkonflikte (durch den Atomausstieg etwa können zeitweilig höhere Treibhausgasemissionen entstehen).

2.2 "Alle machen Klima" – Wettbewerb in der wachsenden Klimagemeinde

Allgemeine Trends hinsichtlich der Entwicklung der Arbeitsbedingungen für zivilgesellschaftliche Akteure lassen sich nur sehr schwer definieren, da sich die Organisationen in ihren Aktivitäten, Motiven und Themen stark unterscheiden. Aus der Art der Arbeit und dem jeweiligen Themenfeld ergeben sich schnell sehr unterschiedliche Herausforderungen für einzelne Akteure: In einigen Bereichen geht es um Mobilisierung zum Protest, in anderen um Pionierarbeit in konkreten Projekten; in einigen Themenfeldern gibt es bereits politischen Fortschritt und eine grundsätzliche Sensibilisierung, in anderen nicht (was unterschiedliche Strategien erfordert). Dennoch lassen sich einzelne Entwicklungen beobachten, die von grundsätzlicher Bedeutung für die Analyse sind.

Die zivilgesellschaftliche Akteurslandschaft im Bereich Klimaschutz ist facettenreich und vielseitig – aber damit auch uneindeutig und unübersichtlich. Klimaschutz ist im Grunde ein Metathema. Es wird mittlerweile von vielen Organisationen aufgegriffen, die ihren Fokus ursprünglich auf andere Herausforderungen gelegt hatten, bzw. werden die Klimaschutzaspekte ihrer Arbeit jetzt als solche erkannt und benannt. Daher ist das Thema nicht mehr durch nur einige wenige Akteure besetzt, was wiederum einen Kontrollverlust für die traditionellen Umweltorganisationen mit sich bringt (eine unabwendbare Entwicklung, wenn ein ehemaliges Randthema zum Leitmotiv einer ganzen Bewegung wird oder werden soll).

Neben der Neuorientierung im undurchdringlicher werdenden NGO-Dschungel sehen sich die zivilgesellschaftlichen Akteure einer Reihe von weiteren Herausforderungen gegenüber:

- **Finanzierung.** Die Weltwirtschaftskrise hat zu einem „credit crunch“ auch für die Zivilgesellschaft geführt. Stiftungsgelder waren zum Teil rückläufig,⁵ auch die Anzahl privater Spender nahm ab⁶ – und die Enttäuschung beim Weltklimagipfel in Kopenhagen Ende 2009 hat ein Übriges zur Ernüchterung bei den Geldgebern beigetragen. Durch die neuen Akteure besteht zudem ein zusätzlicher Wettbewerb um Fördermittel, der wiederum für Konflikte sorgen kann.
- **Komplexität.** Die Thematik wird komplexer und Diskussionen gehen stärker ins Detail – das erfordert eine zunehmende Spezialisierung auch in der zivilgesellschaftlichen Arbeit, was bei begrenzten personellen Ressourcen für viele Organisationen kaum leistbar ist. Diese Entwicklung stellt auch eine Herausforderung für erfolgreiche Kommunikation (im Kampagnenstil) dar – und trägt zu Mobilisierungsproblemen bei. Komplexität entsteht auch durch die Integration von Klimaschutzfragen in andere Politikfelder, wo Wechselwirkungen problematisch werden, wenn Bewertungen der jeweiligen Experten sich widersprechen können (etwa bei der Bioenergie) und damit zu Konflikten führen.
- **Gesellschaftlicher Wandel.** Sind NGOs Opfer ihres eigenen Erfolgs geworden? Viele der zentralen Forderungen im Bereich Klimaschutz und Energie werden von Teilen der Bevölkerung als erfüllt angesehen: „Atomausstieg? Ziel erreicht!“, „Energiewende hin zu Erneuerbaren? Erledigt!“ Diese Wahrnehmung kann zu Mobilisierungsproblemen beitragen, und in gewissem Maße sogar zu einem Identitätsproblem für Zivilgesellschaft, da diese sich und ihr Tun neu rechtfertigen, bzw. ausrichten muss.

⁵ „Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise auf deutsche Stiftungen - Eine Befragung von Entscheidern in 110 deutschen Stiftungen“, PriceWaterhouseCoopers (2009)

⁶ Das Gesamtaufkommen der privaten Spenden in Deutschland scheint jedoch von der Wirtschaftskrise unbeeindruckt geblieben zu sein (siehe „Bilanz des Helfens“ GfK und Deutscher Spendenrat (2012)).

3 Arbeitsthesen – Herausforderungen im Klimaschutz

Wir betrachten sechs Themenfelder, in denen zivilgesellschaftliche Akteure in Deutschland aktiv Klimaschutz vorantreiben (diese Felder sind eng miteinander verknüpft und weisen Überschneidungen auf):

- Energie
- Mobilität
- Bauen und Wohnen
- Lebensstil und Konsum
- Landnutzung
- Klimapolitik

Ausgangspunkt war eine Analyse der wichtigsten Herausforderungen in diesen sechs Themenfeldern in Bezug auf das Erreichen langfristiger Klimaziele. Weiterhin haben wir die bestehenden Aktivitäten zivilgesellschaftlicher Akteure in diesen Feldern untersucht. Hier stellt sich insbesondere die Frage, welche Typen von Organisationen in welchem Feld welche Art von Arbeit leisten. Und schließlich bearbeiten wir die Frage, welche Entwicklungen es in diesen Feldern gibt, die in Zukunft neue Ansätze für zivilgesellschaftliches Engagement ergeben könnten.

Aus unseren Analysen haben wir Arbeitsthesen entwickelt, von denen wir eine Auswahl zur Diskussion stellen wollen. Zum Teil werfen diese Thesen Fragen auf, in einigen Fällen stellen sie konkrete Empfehlungen zur Diskussion. Zu diesem Zeitpunkt stellen wir jeweils zwei ausgewählte Thesen aus drei der sechs Themenfelder vor (Energie, Lebensstil und Konsum, Klimapolitik).

ENERGIE

These 1: „Energiewende von unten“ langfristig unterstützen

Das Projekt der Energiewende erfährt in Deutschland breite Akzeptanz in unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen. Doch für den Erfolg dieses Prozesses wird es unerlässlich sein, diese Unterstützung der breiten Bevölkerung langfristig zu sichern. Dabei kann es nicht darum gehen, durch Marketing „Akzeptanz zu schaffen“, es muss vielmehr darum gehen, diesen Prozess sozial gerecht zu gestalten und breite Bevölkerungsschichten aktiv einzubeziehen. Die Frage ist, wie Energiepolitik gestaltet sein muss, um eine breite Teilhabe der Bevölkerung sicherzustellen: wie müssen Verantwortlichkeiten, Risiken, Kosten und Gewinne verteilt werden?

Der begonnene Prozess der Energiewende muss aktiv durch die Zivilgesellschaft mitgestaltet werden, um erfolgreich sein zu können. Gleichzeitig stellt sich bereits die Frage, welche Rolle die Zivilgesellschaft etwa beim weiteren Ausbau der Erneuerbaren einnimmt, wenn der Markt zunehmend von großen Firmen und Energieversorgern beherrscht wird.

Zivilgesellschaftliche Akteure sind auf allen Entscheidungs- und Umsetzungsebenen präsent und besitzen Expertise, könnten also eine entscheidende Rolle spielen – sie brauchen jedoch Kanäle zur **Beteiligung**, Strukturen zur **Vernetzung** und die **Kapazität**, um beide nutzen zu können. Wie können Stiftungen dabei helfen?

Beteiligungsprozesse muss es auf mehreren Ebenen geben, sie dürfen nicht nur auf Bundesebene stattfinden; es bedarf einer Vielzahl weiterer Beteiligungsmöglichkeiten für eine Teilhabe breiter Bevölkerungsschichten geben. In der Gestaltung dieser Prozesse und der Unterstützung der „Energiewende von unten“ öffnet sich ein weiteres Betätigungsfeld für Stiftungen.

Bei der *Vernetzung* geht es zum einen um die horizontale Verknüpfung (etwa von einer lokalen Initiative zur anderen), zum anderen um die vertikale Verbindung (von der kommunalen zur Länder- und Bundesebene) der jeweiligen Akteure (und damit um ihre Unterstützung durch Gleichgesinnte). In vielen Fällen bestehen diese Strukturen bereits, werden aber oder können bisher nicht aktiv genug genutzt werden - Stiftungen könnten den potenziellen Akteuren die Kapazität bereitstellen oder Foren schaffen, die solche Verknüpfungen realisieren helfen.

These 2: Mehr Aufmerksamkeit für das Sorgenkind Energieeffizienz

Der Handlungsbedarf im Bereich Energieeffizienz ist enorm. Trotz riesiger Einsparpotentiale und erfolgreicher Pilotprojekte sind die Erfolge in der Breite jedoch zu gering. Das Thema gilt als schwer vermittelbar und unattraktiv. Es wird von Politik und Zivilgesellschaft stiefmütterlich behandelt. Den zahlreichen Einzelmaßnahmen fehlt es an Durchschlagskraft und Wirksamkeit. Zugleich birgt Energieeffizienz auch unternehmerisches Potenzial und damit die Chance, neue Koalitionen zwischen Zivilgesellschaft und Wirtschaftsunternehmen zu bilden.

Dabei ist es wichtig festzuhalten, dass Energieeffizienz ein Metathema ist, dass in den spezifischen Anwendungsfeldern (z.B: Gebäude, Industrie, Verkehr) ggf. sehr unterschiedlich heruntergebrochen werden muss. Die Ansatzmöglichkeiten zivilgesellschaftlicher Akteure variieren entsprechend. In manchen Feldern kann die Zivilgesellschaft gezielt Expertenwissen einbringen und politische Lobbyarbeit leisten. Beispiel: Energieeffizienz in der Industrie – hier kann eine Aufgabe darin bestehen, neue Allianzen gerade auch mit aufgeschlossenen Wirtschaftsvertretern zu stärken. Andere Bereiche tangieren die breite Bevölkerung, wie zum Beispiel die energetische Sanierung von Mietwohnungen. Häufig sind andere zivilgesellschaftliche Akteure schon seit langem in einem Feld aktiv, die traditionell Klimaschutz nicht als Priorität haben (z. B. Mietervereine). Konzepte zum sozialen Ausgleich des Klimaschutzes (z. B. Kostenverteilung von Modernisierungsmaßnahmen) müssen gemeinsam mit diesen Akteuren entwickelt werden.

Ein Ansatz für Stiftungsarbeit könnte also sein, neben der Unterstützung explizit klimapolitischer Akteure auch andere Akteursgruppen, die für eine Steigerung der Energieeffizienz eine Schlüsselrolle haben, für die Themen Energieeffizienz und Klimaschutz zu gewinnen.

LEBENSSTIL und KONSUM

These 3: In (scheinbar) „verrückte“ Visionen investieren!

Suffizienz ist bisher nicht salonfähig. Weder auf der Ebene des Alltagshandelns noch auf der Ebene der gesellschaftlichen Visionen haben wir tragfähige Konzepte, die uns Wege in eine suffiziente Gesellschaft weisen. Auf lokaler Ebene gibt es aber eine Vielzahl kleinerer Projekte und Initiativen, die andere Formen des Wirtschaftens und Zusammenlebens ausprobieren: Tauschringe, lokale Währungen, autofreie Quartiere, Energiegenossenschaften. Stiftungen könnten hier „Venture-Capital anlegen“ und radikale Pioniere unterstützen, die bottom-up suffiziente Lebensstile testen wollen.

Konzeptionell gibt es erste Versuche, Wohlstand neu zu denken (s.a. Enquete-Kommission Wohlstand und Wachstum). Hier ist es notwendig, neue Räume für neue (radikale) Gedanken zu schaffen, etwa: „Wie könnte ein Deutschland aussehen, das nicht mehr Exportweltmeister ist?“ Stiftungen könnten helfen, scheinbar „verrückte“ Ideen weiter auszuarbeiten – und dabei auf ihre Tragfähigkeit zu überprüfen.

These 4: Change agents desperately needed!

Vielversprechende Ergebnisse von Lebensstilpionieren (s. vorige These – also beides: bottom-up Projekte und konzeptionelle Visionen) müssen für die breite Bevölkerung greifbar und annehmbar gemacht werden. Zwei Punkte für weitere Überlegungen:

- Es ist wichtig den Gewinn der Alternativen zu betonen! Suffizienz wird häufig als Verzicht wahrgenommen. Es muss aber darum gehen, Vorteile erfassbar zu machen. z.B.: Was gewinne ich, wenn ich in einem autofreien Viertel wohnen würde? – Ruhe, frische Luft, Spielplatz auf der Straße, etc.

- Pioniere sind oft radikal. Wie kann Ihr Anliegen in eine Einladung übersetzt werden, ohne zu verschrecken?

Stiftungen können hier Ideen in neue Foren einspeisen und Räume schaffen, in denen sich radikale Pole der Gesellschaft begegnen und gemeinsam der Tragfähigkeit „verrückter Ideen“ nachspüren können.

KLIMAPOLITIK***These 5: Kooperation stärken.***

Historisch gesehen sind zivilgesellschaftliche Kräfte besonders dann erfolgreich gewesen, wenn sie durch Bündelung von Kräften die eigene Schlagkraft verbessern konnten. Im Gegenzug haben Spaltungen in politischen Bewegungen oft deren Einfluss geschmälert. Gleichzeitig können langwierige Abstimmungsprozesse in erheblichem Maße wertvolle Kapazitäten binden und damit den Mehrwert von Arbeit in Koalitionen schmälern oder in das Gegenteil verkehren.

Die These ist, dass die deutsche NGO-Szene politisch schlagkräftiger sein könnte, wenn sie stärker an einem Strang ziehen würde. Das scheint sowohl für die Zusammenarbeit zwischen den eher klassischen Klimaschutzakteuren zu gelten, wie auch für den Dialog und die Abstimmung zwischen Klima-/EnergiespezialistInnen und Kampagnen aus anderen Bereichen. Fragmentierung und innere Widersprüche und Konflikte schwächen die Möglichkeit zur politischen Einflussnahme.

Dabei kann es nicht das Ziel sein, alle Anliegen und Organisationen zwingend unter einen Hut zu bekommen. Vielmehr geht es darum, vorhandene Ressourcen zu koordinieren, um einem gemeinsamen Ziel näherzukommen. Dabei geht es auch um Akzeptanz für die Tatsache, dass es verschiedene Rollen gibt und nicht alle das Gleiche machen oder sagen müssen.

Bei einem Thema, das so stark interne Prozesse zwischen einzelnen NGOs berührt wie die Koordination der klimapolitischen Arbeit, ist es für Stiftungen nicht einfach, von außen sinnvoll aktiv zu werden und nicht als fremde Kraft wahrgenommen zu werden. Dennoch ist es mit Sicherheit möglich, sinnstiftend und dialogfördernd tätig zu werden. Dazu könnte gehören, Koordinationsorgane stärker zu fördern (auch um sie gegenüber anderen Akteuren aufzuwerten und attraktiver zu machen). Stiftungen könnten darüber hinaus themenübergreifende Projekte ausloben, die Klimaschutzaspekte stärker in anderen Feldern etablieren, aber auch gleichzeitig Klimakampagnen für andere (Umwelt)belange sensibilisieren (z. B. Klimaschutz und nachhaltige Landwirtschaft).

These 6: Umsetzung stärker prüfen - Klimaschutzgesetz.

Um langfristige Klimaziele deutlicher festzulegen und Fortschritte messbar zu machen, könnte tauch in Deutschland eine Debatte dazu angestoßen werden, ein Klimagesetz nach britischem Vorbild zu etablieren. Eine solche Forderung, getragen von einem breiten Bündnis an Organisationen, könnte helfen, das Thema Klimaschutz wieder zum Gegenstand einer breiteren politischen Debatte zu machen (es ist nicht in sich ein neues Element, denn die langfristigen Zielsetzungen gibt es ja bereits – daher könnte es eher konsensfähig sein). Ein klares Argument dafür wäre die Erfahrung um das Hin- und Her um den Atomausstieg: es muss analog ein „CO₂-Ausstieg“ her, der so fest verankert ist, dass er nicht von der nächsten Regierung wieder in Frage gestellt werden kann.

Unabhängig von der tatsächlichen Ausgestaltung eines solchen zusätzlichen Instrumentes steht diese These sinnbildlich für die Notwendigkeit von neuen, großen Ideen, die über bestimmte Akteursgruppen hinaus konsens- und sinnstiftend wirken können. Hier muss Zivilgesellschaft als Quelle für derartige Innovationen tätig werden. Können Stiftungen Zivilgesellschaft den Raum geben, solche Ideen zu entwickeln?

4 Strategische Ausrichtung von Stiftungen

In den obigen Arbeitsthesen wurden bereits einige Fragen nach der Rolle und den Unterstützungsmöglichkeiten von Stiftungen im Bereich Klimaschutz aufgeworfen. Manche dieser Fragen haben einen stark themenspezifischen Bezug – andere wiederum betreffen die generelle Ausrichtung von Stiftungsarbeit.

Einige dieser übergreifenden Fragen möchten wir an dieser Stelle nochmals gebündelt in die Diskussion einwerfen:

1. Ausrichtung an messbaren Wirkungen?

Wie kann die Wirkung von zivilgesellschaftlichem Engagement gemessen werden? Ist dies überhaupt sinnvoll möglich? Und wenn ja, sollte diese Wirkung als Auswahlkriterium für die Förderung genommen werden? Dies führt zur Selektion von Aktivitäten mit *messbarer* Wirkung – aber nicht notwendigerweise zur Auswahl von Aktivitäten mit *großer* Wirkung.

2. Große NGOs oder Graswurzelbewegungen?

Große NGOs arbeiten professionell und können gezielt und effektiv politische Lobbyarbeit betreiben. Ihre Förderung (mit großen Projekten) verursacht für die Stiftungen geringe Transaktionskosten. Allerdings haben Graswurzelbewegungen den Vorteil, durch lokale Anbindung näher an den Menschen zu sein und durch einen hohen Anteil Ehrenamt mit wenig Kosten viel bewegen zu können.⁷

3. Risikobereite Förderung?

Private Stiftungen haben gegenüber anderen, z. B. staatlichen Förderern, erhebliche Freiheiten in der Gestaltung Ihrer Aktivitäten. Sie können oft sowohl spontaner als auch langfristiger fördern. Sie haben auch die Möglichkeit sich auf Experimente einzulassen und Pioniere zu fördern, die (noch) außerhalb des politischen Mainstreams stehen. Wieviel

⁷ Eine Studie zur Stiftungsarbeit in den USA legt einen stärkern Fokus auf Graswurzelorganisationen nahe: Sarah Hansen (2012): „Cultivating the grassroots - A Winning Approach for Environment and Climate Funders“

sollen Stiftungen „wagen“ – z. B. indem sie neue Themen oder neue Organisationsformen unterstützen?

--

AUTOREN

Matthias Duwe

Head, Climate

Ecologic Institut gemeinnützige GmbH

Pfalzburger Strasse 43/44

10717 Berlin

matthias.duwe@ecologic.eu

+49-3086880-100

Timon Wehnert &

Samuel Höller

Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie

Büro Berlin

Neue Promenade 6

10178 Berlin

timon.wehnert@wupperinst.org

samuel.hoeller@wupperinst.org

Tel. + 49 (0)30 - 2809 – 5489 / 54